

# Lehrer fühlen sich ausgebrannt

## Altersteilzeit und Arbeitszeitverkürzung: Kollegium der Theodor-Heuss-Schule richtet Brief ans Ministerium

**Offenbach** (mcr) ■ Hessens Kultusministerin Dorothea Henzler hat Post aus Offenbach bekommen. Die Personalversammlung der Theodor-Heuss-Schule beklagt in einem am Dienstag einstimmig abgesegneten Offenen Brief die „stetig zunehmenden Arbeitsbelastungen“ für das Lehrerkollegium, den Wegfall der Altersteilzeitregelung und die Erhöhung des Eintrittsalters in den Ruhestand. Diese Entwicklung

sei „unverständlich und ein großes Ärgernis“.

Ausgelöst hat den Pädagogen-Furor eine Stellungnahme der Kultusministerin zum Bildungsstreik Mitte November. Dem Zeitungsinterview entnahmen die Offenbacher Lehrer, dass Henzler die überwiegende „Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer“ als zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen betrachte. „Wir Kolleginnen und Kollegen der Theodor-Heuss-Schule

sind aber leider nicht nach unserer Zufriedenheit gefragt worden“, heißt es nun im Offenen Brief.

Die Lehrer verrichteten ihren Beruf „mit Hingabe und Verantwortungsgefühl“. Die Arbeitsbelastung sei allerdings kaum zu stemmen. „In Bezug auf die Entwicklung von Unterrichtsqualität ist zum Beispiel die hohe Schülerzahl in den Klassen zu nennen, die mit großem Kräfteaufwand verbunden

ist. Sie behindert sehr oft die Fortentwicklung und den Ausbau individueller Förderung, was dazu führt, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich ausgebrannt fühlen.“ Das gehe auch zu Lasten der Schüler, vor allem an Offenbacher Schulen, an denen der Migrantanteil relativ hoch sei.

Hinzu kämen immer mehr Zusatz- und Verwaltungsaufgaben, die die Kollegen „über die Grenzen der Be-

lastbarkeit“ zwingen. Die Arbeit am Schulprofil etwa und Lernstandserhebungen, dazu Eingangstests, Vergleichsarbeiten, Präsentationsprüfungen und Evaluationsmethoden sowie „die Zunahme des Integrationsaufwands für auffällige oder lernschwache Schüler“.

Da sei es besonders unverständlich, Entlastungen wie die Altersteilzeit einzukassieren. Zudem sei es nicht vermittelbar, dass die Landesre-

gierung den die Arbeitszeit betreffenden Teil des Tarifvertrags vom Frühjahr 2009 nicht auf Beamten im Schuldienst übertragen wolle. „Wir fordern deshalb die zeit- und volumengleiche Übertragung der Arbeitszeitverkürzung aus dem Tarifvertrag durch Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung von 2004 und 10 000 zusätzliche Deputatsstunden für die Lehrkräfte, rückwirkend ab Februar 2010.“